

**A N T R A G**

des Gemeinderates Thomas Mayer

betreffend:

**Wohnungsnot für Studenten lindern. Druck vom Innsbrucker Wohnungsmarkt nehmen.  
Studentenwohnanlage umsetzen!**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

„Der Innsbrucker Gemeinderat beauftragt den Bürgermeister, folgende Schritte zur Umsetzung einer Studentenwohnanlage zu unternehmen:

- 1.) Beauftragung der Innsbrucker Immobiliengesellschaft (IIG) mit der Ausarbeitung eines Konzeptes für eine Studentenwohnanlage sowie zur Findung eines geeigneten Grundstückes im Stadtgebiet von Innsbruck.
- 2.) Gespräche mit der Neuen Heimat Tirol (NHT), die je zu 50% der Stadt Innsbruck und dem Land Tirol gehört, zu führen, um geeignete Grundstücke außerhalb des Stadtgebietes von Innsbruck zu finden.
- 3) Gespräche mit den Bürgermeistern der Umlandgemeinden, mit dem Planungsverband Innsbruck und Umgebung sowie mit dem Bodenfonds des Landes zu führen, in welcher Gemeinde im Einzugsgebiet von Innsbruck eine Studentenwohnanlage nach dem Konzept der IIG umgesetzt werden kann.

Dem Innsbrucker Gemeinderat ist das Konzept der IIG für eine Studentenwohnanlage noch im 1. Quartal 2020 vorzulegen. Zudem ist der Innsbrucker Gemeinderat vom Bürgermeister laufend über den Verlauf der Gespräche mit NHT, Umlandgemeinden, dem Planungsverband Innsbruck und Umgebung sowie dem Bodenfonds zu unterrichten.“

## **BEGRÜNDUNG:**

Wohnen in Innsbruck ist sündteuer. Das wissen und spüren alle Innsbruckerinnen und Innsbrucker. Die Gründe fürs teure Wohnen sind unterschiedlich. Einer der Gründe ist aber, dass Innsbruck mit seiner Leopold-Franzens-Universität und der Fachhochschule MCI eine Studentenstadt ist und damit rund 35.000 Studenten auf den Wohnungsmarkt drängen.

Für „young urban living“ sind am freien Wohnungsmarkt in Innsbruck Mietpreise bis zu 25 Euro pro Quadratmeter zu bezahlen. Auch die Durchschnittsmieten in Innsbruck sind mit 17,50 € pro Quadratmeter nahezu unerschwinglich. Geschäftstüchtige Vermieter nutzen große Wohnungen als 4er-Wohngemeinschaften mit 500 € pro Zimmer und machen damit lukrative Geschäfte auf Kosten der Studierenden.

Eine Studentenwohnanlage für mehrere tausend Studenten nützt daher zum einen den Studierenden in Innsbruck und zum anderen nimmt sie Druck aus dem Innsbrucker Wohnungsmarkt, was letztlich den wohnungssuchenden Innsbruckern zu Gute kommt.

Eine Studentenwohnanlage muss nicht zwingend im Stadtgebiet von Innsbruck liegen, wie das Beispiel Völs zeigt, wo vor vielen Jahren Wohnungsmöglichkeiten für die Bediensteten der Universitätsklinik Innsbruck geschaffen worden sind. Jedenfalls notwendig ist eine gute Erreichbarkeit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Der Ausbau der Regionalbahn bietet hier neue Möglichkeiten Richtung Rum und Richtung Völs.

In Innsbruck gibt es 1,2 Millionen Quadratmeter gewidmetes, aber nicht bebautes Bauland. Es entzieht sich der Kenntnis des Antragstellers, wem diese Flächen in welcher Größenordnung gehören. Es ist aber ein Gebot der Stunde, die Tauglichkeit dieser Flächen für eine Studentenwohnanlage zu prüfen und mit den Grundbesitzern dazu Gespräche zu führen.

Im Zuge der Bewerbung Innsbruck und Tirols für Olympische Winterspiele 2026 hat die damalige Stadtregierung – es sitzen derzeit dieselben Parteien in der Stadtregierung – das Areal des Frachtenbahnhofs als mögliches Gebiet für eine Wohnverbauung in Diskussion gebracht. Es ist vom amtierenden Bürgermeister offenzulegen, inwieweit es dazu Gespräche gegeben hat und welche Ergebnisse sie gebracht haben. Jedenfalls ist dieses Areal für eine Studentenwohnanlage in Betracht zu ziehen und sind dementsprechende Gespräche zu führen.

Nicht zuletzt sind auch Ideen der Einhausung und Überbauung der Autobahn A 12 bei Mentlberg/Sieglanger mit zu bedenken. In Bern, Stadtteil Brünnen, in der Schweiz ist die Autobahn beispielsweise eingehaust und mit einem Einkaufszentrum überbaut worden. Was heute visionär erscheinen mag, lässt sich mit politischem Willen verwirklichen.

Innsbruck, am 12. Dezember 2019